

Deutscher Schulpreis 2011

„Gesamtschule aus Göttingen ist die beste Schule Deutschlands“

„Nicht nur beim Kriterium Leistung erhielt die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule, kurz IGS, die Bestnote A. Auch bei den übrigen fünf Kategorien des Deutschen Schulpreises schnitt sie hervorragend ab: Vielfalt, Unterricht, Verantwortung, Schulleben und Schulentwicklung. Die 14-köpfige Jury entschied deshalb einstimmig: Die Georg-Lichtenberg-Gesamtschule bekommt den Hauptpreis 2011. Sie ist die beste Schule Deutschlands.

Trotz Hauptschulempfehlung zum Abitur

(...) Sie haben mir klar gemacht: Du kannst etwas erreichen“, erzählt Burak, der heute in die zwölfte Klasse geht. Nach seinem Abitur will der 18-Jährige an die Uni gehen und studieren. Sein Berufsziel: Lehrer für Biologie und Deutsch.

In der Oberstufe der IGS trifft man viele Schüler wie Burak, denen die Lehrer in der Grundschule das Abitur nicht zugetraut haben. (...)

Das gelingt den Lehrern durch eine ganz besondere Lernform: den "Tischgruppen". Je sechs Schüler bilden so ein Lernteam. Im Klassenzimmer der 9.3. stehen die Schulbänke zu Sechsertischen angeordnet wie in der Grundschule. Die insgesamt 30 Schüler bilden fünf "TGs". Die Tischgruppen bringen die zusammen, die in Deutschland sonst möglichst früh streng getrennt werden: Haupt-, Realschüler und Gymnasiasten. Sie lernen hier gemeinsam.

Finn sitzt neben der ernsthaften Gretje. "Ich bin manchmal ein bisschen faul, sie gibt mir Anstoß", sagt der 15-Jährige aus der 9.3. Das gilt aber auch umgekehrt: "Er kann sehr gut logisch denken, wenn er sich anstrengt", sagt Gretje. Sie gehört mit einem Notenschnitt von 1,5 zu den Klassenbesten. (...) Melissa, genannt "Melle", teilt sich die Bank mit dem stillen Maurice. "Weil er besser Mathe kann als ich." Von der Grundschule bekam Melissa nur eine Empfehlung für die Hauptschule. An der IGS hat sie sich so weit gesteigert (...)

"So einen Unterricht habe ich noch nicht erlebt"

sagt Hans Anand Pant Direktor des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). (...)

Der Schulpreis wird die letzten Zweifler überzeugen“

Kommentar: [Wird er nicht.](#)





Berlin — Die von CDU-Parteichefin Angela Merkel eingesetzte **Bildungskommission der CDU will** den Christdemokraten den Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem und die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule vorschlagen. Der Kommissionsvorsitzende, der sächsische Kultusminister Roland Wöllner (CDU), sagte der Zeitung "Die Welt" vom Montag: "Wir werden dem Parteivorstand vorschlagen, dieser

Schule den Namen **Oberschule** zu geben".

Es wird also ein zweigliedriges Schulsystem geben: Das Gymnasium oben und unten für den Rest die Restschule. Sie soll „Ober“schule heißen. Ganz anders RotGrün: Nach den nächsten Wahlen wird

rotgrün die Gymnasien, wie von beiden Parteien zeitgleich angekündigt, so wie die Landesregierung auch, nicht anrühren und alle anderen Kinder, die am Gymnasium nicht angenommen werden, dürfen dann, ja wie nennen wir die Schule denn mal. Die beiden Parteien sind ja sehr kreativ wenn es um Namen geht. Im Augenblick währe IGS gut, wollen die Eltern ja. Und wenn die bessergestellten Eltern ihre Kinder dann nicht mehr dort hingeben wollen, dann kann rotgrün ja nichts dafür. Sauber.

Die IGS muss eine Alternative zum gegliederten System bleiben und darf nicht der untere Teil des gegliederten Systems werden. Wenn alle nicht zum Gymnasium empfohlenen Kinder zur Schule darunter gehen, einschließlich der Kinder die jetzt noch zu Förderschulen gehen wird die zweite Schule eine Restschule. Egal welchen Namen sie trägt, egal ob man ihnen erlaubt leistungsstarke Schüler aufzunehmen. Welche Mutter, welcher Vater wird dies unter diesen Bedingungen noch tun? Politiker wollen keine Verantwortung übernehmen sondern Macht.

Siehe auch unten die Position von RotGrün.

Jürgen Zöllner (SPD):

**„Länder sollten sich auf
zweigliedriges Schulsystem
verständigen“**

„...Berlins **Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner**, freut sich darüber, dass auch innerhalb der CDU die ideologischen Scheuklappen langsam zu fallen scheinen und sich auch dort auf ein zweigliedriges Schulsystem orientiert wird. (...) Neben den erfolgreich arbeitenden Gymnasien muss eine zweite Säule geschaffen werden



Die SPD Niedersachsen will:

**„Ein 2-Wege-Modell aus Gymnasien
und Integrierten Gesamtschulen“**

(Klausur im Februar 2011)

DAS
NIEDERSACHSENPAPIER
MIT LÖSUNGEN ÜBERZEUGEN.

SPD Niedersachsen
05. Februar 2011



Die Grünen Niedersachsen: das

**„Gesamtschulen
und Gymnasien
nebeneinander
existieren“**

(Konferenz im Februar 2011)



Anmerkung: RotGrün ignorieren die Bedeutung, die das gemeinsame Lernen hat. Nur wenn benachteiligte Kinder und leistungsstarke Kinder gemeinsam lernen, so wie in Finnland, gewinnen alle. Das 2 Säulen Argument, welches auch die SPD in Niedersachsen vertritt ist entweder Dummheit oder die totale Verarschung der Menschen. Die zweite Säule mit leistungsschwachen Kindern gibt ihnen nicht die Möglichkeit von sozial starken Kindern zu lernen, gibt keine Chancengleichheit.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind vielfältig und eindeutig.

Lern' nicht mit den Schmuddelkindern



Autorin **Dr. Brigitte Schumann** ist Lehrerin und war von 1990 bis 2000 **bildungspolitische Sprecherin der Grünen** im Landtag von NRW

Spaltung

SPD und Grüne rücken vom Leitbild einer „Schule für alle“ ab.

Die Bildungsreformer sollten von der Anti-Atom-Bewegung lernen

Zwanzig Jahre im Ressort Bildung und Forschung – jetzt hat Deutschlands dienstältester Kultusminister Jürgen Zöllner seinen Abschied angekündigt. Der 65-jährige Sozialdemokrat, der in Rheinland-Pfalz und Berlin für die Schulpolitik zuständig war, tat es mit einem Plädoyer für die Zweigliedrigkeit.

Die alte rot-grüne Forderung nach einer Schule für alle – sie hat es immer schwerer in diesen Zeiten. Zumal seit dem Volksentscheid in Hamburg. Dieser habe gezeigt, heißt es inzwischen auch bei den nieder-sächsischen Grünen, „dass in Deutschland momentan noch kein Konsens dafür zu erreichen ist, das Schulsystem flächendeckend zu einem integrierten System umzugestalten“. Grüne in Schleswig-Holstein haben ebenfalls unter Verweis gen Norden einen Kurswechsel vollzogen. Auch der NRW-Schulministerin und Grünen Sylvia Löhrmann ist „der Blick auf Hamburg“ zum Argument geworden. Gleiches gilt für Sozialdemokraten, die von einer umfassenden Strukturreform des Schulsystems als Ziel abrücken: „Hamburg hat es doch gezeigt!“ ist zu einem politischen Topos geworden, der allerdings Zusammenhänge eher verschleiert als erklärt. Die dortige Volksinitiative „Wir wollen lernen!“, nicht ohne Grund „Gucci-Elternschaft“ genannt, hatte sich für den puren Eigennutz ihrer Sprösslinge eingesetzt. Den Initiatoren und Unterstützern gelang es, die gesellschaftliche Mitte hinter sich zu bringen – das Gymnasium und die frühe Trennung der Kinder nach Leistung und Herkunft! wurde mit einer aggressiven Angstkampagne verteidigt.

Die Hamburger Gegner des gemeinsamen Lernens profitierten auch von einem demokratischen Dilemma, dass in den unteren bildungsfernen Schichten, die das gegliederte Schulsystem reproduziert, kaum noch politisch partizipiert wird. Migranten ohne deutschen Pass waren erst gar nicht wahlberechtigt. Wenn der Hamburger Volksentscheid und die politische Reaktion darauf etwas gezeigt haben, dann ist es die Funktionsweise eines gefährlichen „Klassenkampfes von oben“, vor dem grüne und rote Bildungspolitik nun kapitulieren. Die Hamburger Vorgänge passen zu den Forschungsergebnissen des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer über den neuen Rechtspopulismus bei Besserverdienern. Zu den dabei beobachteten „Deutschen Zuständen“ gehört die schwindende Bereitschaft in den oberen Statusetagen, sozial Schwächere zu unterstützen. Stattdessen werden die eigenen Privilegien immer aggressiver verteidigt.

Weiter Schumann:

Jargon der Verachtung

Es hat sich ein Jargon der Verachtung, der Legitimation sozialer Ungleichheit breit gemacht – in der Politik, den Medien, der Wirtschaft und auch der Wissenschaft. „Seien Sie doch ehrlich, Sie und ich würden auch alles dafür tun, dass unsere Kinder auf ein Gymnasium gehen und nicht mit den Schmuttelkindern spielen“, kann da der Leiter eines Instituts für Schulentwicklungsforschung öffentlich bekennen. „Und eine Partei, die das Ende des Gymnasiums fordert, würde nicht wiedergewählt werden. Deshalb wird es dazu nie kommen. So einfach ist das.“ So einfach? Jedenfalls hilft ein Zitat wie dieses zu erklären, warum selbst unter RotGrün oder Grün-Rot die für Deutschland rechtsverbindlich geltende Verpflichtung zur Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems, das allen die gleichen Möglichkeiten gibt, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen miteinander zu lernen, den Lobbyinteressen des Gymnasiums untergeordnet wird. Während der Berliner Bildungssenator Zöllner das zweigliedrige Modell von der Hauptstadt in alle anderen Länder exportieren will, gehen Grüne und Sozialdemokraten in NRW und Baden-Württemberg den „sanften“ Reformweg „von unten“: Gemeinschaftsschulen sollen im Konsens mit allen Beteiligten und freiwillig ermöglicht werden.

Doch was als demokratischer Fortschritt über zentralistische Bevormundung gefeiert wird, ist kein politischer Sieg. In Schleswig-Holstein hat sich längst gezeigt, dass angesichts seiner starken Lobby das Gymnasium nicht auf freiwilliger Basis für einen integrierten Zusammenschluss aller Schulformen gewonnen werden kann. Zweigliedrigkeit ist auch auf diesem Weg programmiert – freilich ohne dass die Landespolitik die Verantwortung dafür übernehmen muss.

Es ist enttäuschend, wie wenig Grüne und Sozialdemokraten ihre Mehrheit in der Bevölkerung nutzen, um soziale Inklusion und gleichwertige Teilhabe als Leitbilder in der Gesellschaft! zu verankern. Sie drücken sich vor der historischen Aufgabe, das Schulsystem aus seiner ständischen Tradition zu befreien und zu demokratisieren. Dabei ist nicht nur Kernspaltung hochgefährlich, sondern auch ein gespaltenes Schulsystem, das die vorhandene gesellschaftliche Kluft vertiefen!. Die Anti-Atombewegung hat es vorgemacht: Nur mit Aufklärung, langem Atem und starkem zivilgesellschaftlichen Druck wird es einen bildungspolitischen Ausstiegsbeschluss geben.

NWZ: „Oberschule von Eltern gar nicht gewollt“

NWZ: „Eine Umwandlung des Schulzentrums zur Oberschule ohne gymnasiales Angebot kommt aus Sicht der Gemeinde fürs nächste Schuljahr nicht in Frage“

tagesspiegel.de, 21.05.2011

Das deutsche Bildungssystem ist marode.

Der neue Bildungsbericht der EU-Kommission bescheinigt dem schulischen Bildungssystem in Deutschland weiterhin Mittelmaß. Umfragen ergeben eine hohe Unzufriedenheit bei Schülern, Lehrern und Eltern. Untersucht man, was deutsche Schülerinnen und Schüler etwa fünf Jahre nach Schulende an erlerntem Wissen und Können noch präsent haben, so

ist das Ergebnis niederschmetternd.

(...) Die psychischen Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch das gegenwärtige Schulsystem werden meist erheblich unterschätzt.“

Nach einer Prognose der Weltgesundheitsorganisation werden Depressionen im Jahr 2020 weltweit nach Herzerkrankungen das zweithäufigste Gesundheitsproblem darstellen. Auch bei Kindern und Jugendlichen findet eine Verschiebung von akuten zu chronischen sowie von somatischen zu psychischen Erkrankungen statt. (...)

Zum einen schätzen Kinder und Jugendliche sich selbst und ihre Umwelt, insbesondere auch die Schule, mit zunehmendem Alter immer kritischer ein.

Schule kann aber auch Spaß machen und man lernt dann auch viel mehr:



In der Gesamtschule Bockmühle feierten zahlreiche Teilnehmer das Internationale Kinderfest.

auf dem Schulhof feiern Eltern und Kinder verschiedener Nationen bei Vorführungen, Essen und Spielen das Internationale Kinderfest. „Die Kinder nehmen die nationalen Unterschiede gar nicht so wahr“,

Mit einem polifonen Paukenschlag läutete am Samstagabend die Big Band der Gesamtschule



Zwei-Personen-Stück „Mobbing – Wenn Ausgrenzung einsam macht“ – jetzt in der Mensa der Gesamtschule zu sehen



Gesamtschüler planen Schule



Zahlreiche Elftklässler der Kardinal-von-Galen-Gesamtschule nahmen an der jüngsten Sitzung des Schulausschusses teil und präsentierten die Ergebnisse ihrer Projektarbeit. Foto: (msc)

die Jugendlichen der Jahrgangsstufe elf der Kardinal-von-Galen-Gesamtschule machten sich ans Werk. Sie nutzten zwei Projektwochen, um sich intensiv mit ihrem Schulgebäude und der Ausstattung zu beschäftigen.

Kleinere Klassen? Und wovon träumst du nachts?

"Wegen der sinkenden Schülerzahlen sinkt auch der Einstellungsbedarf", sagte Kultusminister Bernd Althusmann (CDU)“

Berlin (dpa) - Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) stößt mit ihrer Forderung nach mehr Mitsprache des Bundes in der Schulpolitik auf anhaltenden Widerstand in ihrer Partei. **«Die Länder müssen in der grundsätzlichen Verantwortung für die Schulpolitik bleiben»**, sagte der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK) und niedersächsische Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) am Sonntag in Hannover der Nachrichtenagentur dpa

Bundeselternrat: „Eltern sind die natürlichen Erziehungs- und Bildungspartner der Schulleitung. Die Schulleitung trägt die Verantwortung dafür, Eltern in die Schulentwicklung einzubinden. Die Grundlage für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit sind professionelle Kommunikationsstrukturen. Der Bundeselternrat fordert: ☐ länderübergreifende Standards für die Schulleiterausbildung ☐ Elternmitarbeit und Personalentwicklung als wesentliche Bausteine der Schulleiterausbildung ☐ institutionalisierte Elternfortbildung ☐ zielorientierte Auswahlverfahren für Schulleiterinnen und Schulleiter ☐ verpflichtende Mitwirkung der Eltern bei der Qualitätsentwicklung aller Schulen ☐ ein professionelles Kommunikationstraining für Eltern und Schulleitungen
Schulqualität braucht starke, gut ausgebildete Schulleitungen, die mit starken, selbstbewussten Eltern professionell zusammenarbeiten. Das führt zu einem neuen Selbstverständnis der Schule. Bad Hersfeld, 22. Mai 2011

Zur Reform der Lehrerausbildung

**Gabriele
Andretta
SPD**



„Schwarz-Gelb hält an der Aufspaltung der Lehrämter für Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien fest und versucht, damit das antiquierte dreigliedrige Schulsystem zu retten“

Landtagsgrüne: „Schwarz-gelber Ausbildungs-Separatismus pädagogisch fatal“

Vom Bachelorstudium zum Masterstudium

Dem dreijährigen Bachelorstudium soll sich statt eines einjährigen künftig ein zweijähriges Masterstudium anschließen, teilten Kultusminister Bernd Althusmann und Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (beide CDU) am Dienstag in Hannover mit

Fünfstufige Studienzeit für alle Lehrämter

In Deutschland wisse man wenigstens aus der Teacher Education and Development Study (TEDS) der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA), dass die Lehrerausbildung nur Mittelmaß ist.

GEW: „Jahrelang wurden den Absolventen des **Lehramtsstudiums für Grund-, Haupt- und Realschulen** in Niedersachsen statt der vorgeschriebenen vier Semester in der Masterphase nur zwei zugestanden, so dass sie mit dem Studienabschluss keinen anerkannten rechtsgültigen Hochschulabschluss erhielten. Das Motiv für die Verweigerung ist unschwer zu erkennen. Ein gleich langes Studium hat nach den Regeln des Tarif- und Beamtenrechts eine gleiche Bezahlung zur Folge.

Mit den vorgelegten Plänen wurde trotz der Anpassung der Anzahl der Studiensemester der Lehrämter für Grund-, Haupt- und Realschulen an die des Gymnasiallehramts die Gleichwertigkeit der Lehrämter immer noch nicht erreicht. Dafür bedient sich die Regierung einer durchsichtigen Trickschaltung. Das sogenannte Praxissemester im zweiten Semester der Masterphase, das die Studierenden in Grund-, Haupt-, und Realschulen in Schulen absolvieren sollen, soll ein halbes Jahr des Referendariats ersetzen. Für Gymnasiallehrkräfte ist aber kein Praxissemester vorgesehen. Dafür soll deren Referendariat weiterhin 1 ½ Jahre dauern und nicht wie für die anderen auf ein Jahr verkürzt werden. Mit der unterschiedlichen Länge des Referendariats wird die schlechtere Besoldung der Nichtgymnasiallehrkräfte legitimiert, urteilt die GEW. Lehrkräfte aller Schulformen benötigen im Studium die gleiche Qualität in der wissenschaftlichen Bildung und in der Pädagogik. Die einen brauchen nicht weniger Fachstudium und die anderen nicht weniger Pädagogik und Praxis. "In Nachbarländern wie Hessen kennt man diese Mätzchen nicht. Dort erhalten alle in der Sekundarstufe A 13", so Eberhard Brandt.“

„Graffiti über Bernd Althusmann?

Also unsere schule wurde heute morgen mit Graffiti beschmiert weil der Kultusminister kommt da wurde geschrieben: z.b. verpiss dich althusmann. Und jetzt sagen alle das ich das war aber ich war es nicht. was soll ich tun“ <http://computer-gurus.de/173553/graffiti-uber-bernd-althusmann-2/>

Kann jemand dem armen Menschen helfen?

Buch: **Schüler motivieren**

Wecken Sie die Freude am lernen! 1. Auflage 2011 ca. 250 Seite(n), broschiert erscheint voraussichtlich im Juli 2011 ca. EUR 29,90 Bücher Carl Link Verlag ISBN 978-3-556-06056-8

Kinder-Beobachtungsbogen

Für Kitas kostenlos downloaden: Papierversion Software Nutzungsanleitung unter

[http://www.keck-atlas.de/ueber-keck/aktuelles/einzelnachricht/?tx_ttnews\[year\]=2011&tx_ttnews\[month\]=06&tx_ttnews\[itt_news\]=19&cHash=230de013b218e35f56930363506331ab](http://www.keck-atlas.de/ueber-keck/aktuelles/einzelnachricht/?tx_ttnews[year]=2011&tx_ttnews[month]=06&tx_ttnews[itt_news]=19&cHash=230de013b218e35f56930363506331ab)

Landeselternrat, GEW und andere Verbände und Organisationen fordern die niedersächsische Landesregierung auf,

„sofort ein inklusives Bildungssystem zu schaffen.“

„Auch zwei Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK ist ein politischer Wille der niedersächsischen Landesregierung zur Herstellung der inklusiven Bildung nicht spürbar. Stattdessen sorgt sie für Verunsicherung bei allen Beteiligten. Kinder, Eltern, Pädagogen und Bildungseinrichtungen wissen nicht, welchen Weg die Landesregierung einschlagen will, um das Ziel ihres gesetzlichen Auftrages umzusetzen.“

Dr. Brigitte Schumann: Die **Kultusministerkonferenz versagt** auf der ganzen Linie: beschämender Umgang mit dem **Menschenrecht auf inklusive Bildung**

„Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen“ lautet der Titel der Empfehlungen, die die Kultusministerkonferenz (KMK) in einem fast zweijährigen Prozess vorbereitet und als Entwurf den Verbänden zur Anhörung vorgelegt hat. Ein Beschluss dazu soll erst im Oktober gefasst werden. Die gemeinsamen Empfehlungen sollen den Bundesländern als Orientierungen für die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems dienen, wie es die UN- Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verlangt.

Der Entwurf belegt, dass die KMK sich weigert, dem menschenrechtlichen Anspruch auf inklusive Bildung gerecht zu werden. Mit ihrer Vorstellung von einem inklusiven Schulsystem verfehlt sie komplett die rechtlichen und strukturellen Anforderungen, die die UN-BRK an Deutschland stellt.

Die Kritik von kompetenter Seite an den Empfehlungen fällt vernichtend aus.

Hubert Hüppe, der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, bescheinigt der KMK bewusste Täuschung. Sie unterlaufe die Konvention. Nicht Inklusion sei das Ziel, sondern das Sonderschulsystem solle zementiert werden.

(...)

Unerträglich und beschämend, wie die KMK das Menschenrecht auf inklusive Bildung verhökert. Es muss daher ganz besonders auf die rot-grünen und grün-roten Ländervertreter in der KMK politischer Druck ausgeübt werden, damit sie sich der Kritik der Monitoring-Stelle und der Verbände anschließen und dem vorgelegten Entwurf ihre Zustimmung verweigern. Wir brauchen keine Empfehlungen, die den Ländern ein Alibi dafür geben, dass alles so bleibt, wie es ist.



Die „Initiative pro staatliche IGS Wunstorf“ streitet unermüdlich für die staatliche IGS Wunstorf. Auf dem Foto oben rechts die Sprecherin Raifina Dicker.

Eltern sorgen sich um die Zukunft der IGS Wunstorf / Initiative pro staatliche IGS gegründet

„Unsere IGS muss staatlich bleiben!“

In EuW haben wir bereits ausführlich über die Bemühungen der Evangelischen Kirche berichtet, für die neue IGS in Wunstorf die Trägerschaft zu erhalten. Inzwischen haben die Stadt Wunstorf und die Evangelische Landeskirche Hannover einen Schulübernahmevertrag abgeschlossen. Dieser liegt nunmehr zur Genehmigung der Landesschulbehörde in Hannover vor.

Es ist schon erstaunlich, wie der Schulträger, die Stadt Wunstorf, innerhalb von nur wenigen Monaten zu diesem Gesinnungswandel kommt. Im Antragsverfahren zur Genehmigung der staatlichen IGS hatte die Stadt Wunstorf noch für 14 Jahre eine volle Fünfzügigkeit nachgewiesen. Der Andrang zur IGS war im letzten Jahr auch groß. Die IGS wurde engagiert vorbereitet, der Start zum Schuljahr war besonders gelungen.

Warum soll die Kirche die Trägerschaft erhalten?

Warum nun dennoch ein Wechsel in der Trägerschaft für die junge IGS Wunstorf? Die Stadt Wunstorf nennt in einem Schreiben an die Eltern der jetzigen Fünftklässler folgende Argumente: „Ziel der Verhandlungen war es, durch die Übernahme der Schule in kirchliche Trägerschaft eine Verstärkung und Verbesserung des Schulangebotes in Wunstorf zu erreichen. Dieses Ziel ist nach Auffassung der Stadt Wunstorf erreicht worden:

- Die IGS in kirchlicher Trägerschaft wird
- den Ganztagsbereich, auch mit Unterricht am Nachmittag, deutlich verstärken
- Klassengrößen deutlich unter der Klassengröße von gegenwärtig 30 Schülerinnen und Schülern festlegen; geplant sind 27 Kinder pro Klasse

- allen Wunstorfer Kindern, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit oder auch ihrer „Nichtzugehörigkeit“ offen stehen und
- Kinder unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit ihrer Eltern aufnehmen.“

Weil das alles so schön und vorteilhaft ist, soll nun auch der schon bestehende 5. Jahrgang „innerhalb der evangelischen IGS beschult werden“, schreibt die Stadt. „Dies würde bedeuten, die Kinder wären vom Bezahlen des Schulgeldes befreit. Die Kinder können weiterhin das Fach „Werte und Normen“ wählen. Zusätzlich können die Kinder an den Ganztagsangeboten teilnehmen und, falls genügend Anmeldungen vorliegen, auch eine Gymnasiale Oberstufe an der IGS besuchen.“ Die Stadt Wunstorf beantragt also nicht nur, dass der künftige 5. Jahrgang in die Trägerschaft der Kirche übergeht, sondern auch der aktuelle 5. Jahrgang.

Die Stadt Wunstorf verzichtet auf ihre originäre Aufgabe

Der Rat der Stadt Wunstorf hat nahezu einmütig den Wechsel der Trägerschaft beschlossen. Warum? Ging es um Kostensparnisse? Bessere pädagogische Bedingungen (nur 27 Kinder pro Klasse)? Ein „richtiges“ Ganztagsangebot? Die in Aussicht gestellte gymnasiale Oberstufe? Und dafür nimmt der Rat den Verlust der Trägerschaft in Kauf? Hebt er die Trennung von Staat und Kirche auf? Sucht er die Kontroverse mit Eltern, die eine kirchliche Trägerschaft nicht wollen? Lässt er es zu, dass Eltern für den Besuch der IGS Schulgeld bezahlen? Bringt er Unruhe in die Elternschaft?

Viele Eltern sind mit der Vorgehensweise der Stadt nicht einverstanden und lehnen ausdrücklich einen Wechsel der Trägerschaft

ab. Sie verstehen nicht, dass ausgerechnet eine IGS, eine Schule für alle, in die kirchliche Trägerschaft wechseln soll. Dies sei mit dem Selbstverständnis gerade dieser Schulform nicht zu vereinbaren. Eine „Initiative pro staatliche IGS Wunstorf“ hat sich gebildet. Ihr Ziel: Die IGS Wunstorf muss staatlich bleiben!

Eltern lehnen Kirchen-IGS ab

In einer Pressemitteilung dieser Initiative heißt es: „Wir sind höchst irritiert über die Bemühungen der Stadt Wunstorf, unsere IGS nunmehr in kirchliche Trägerschaft zu geben. Schule und Bildung sind höchst staatliche Angelegenheiten. Die IGS Wunstorf muss eine Schule für alle(!) bleiben, unabhängig von der Herkunft und vom Glauben. Der Schulbesuch darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Schulgeld fördert die soziale Selektion und steht damit im Widerspruch zum Gesamtschulgedanken. Die IGS ist als eine staatliche IGS genehmigt worden, mit allen Jahrgängen. Die Eltern in den Grundschulen müssen daher auch über die Arbeit in einer staatlichen IGS informiert werden.“

In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten, David Mc Allister, bittet die Initiative um Unterstützung. „Helfen Sie uns, dass unsere IGS in Wunstorf in staatlicher Trägerschaft bleibt!“ Mittlerweile haben Eltern auch Rechtsbeistand eingeholt. Sie machen den Anspruch auf eine weitere Beschulung in einer staatlichen IGS geltend. Nachdrücklich weisen die Eltern auch darauf hin, dass etwa ein Drittel den Fragebogen nicht ausgefüllt oder mit „nein“ gestimmt hätte.

Eine Initiative ist aktiv geworden

Die „Initiative pro staatliche IGS Wunstorf“ trifft sich häufig und hat mittlerweile großen Zulauf. Die Sprecherin der Initiative, Raifina Dicker, engagiert sich außerordentlich für die IGS Wunstorf in staatlicher Trägerschaft. „Wir richten uns nicht gegen die Kirche, wohl aber gegen eine IGS in kirchlicher Trägerschaft. Aus guten Gründen steht das Schulwesen unter der Aufsicht des Staates“, sagt sie und verweist auf den Artikel 7 im Grundgesetz.

Vor den Osterferien hat die Initiative Handzettel an alle Eltern der IGS-Fünftklässler verteilt. „Auf uns Eltern kommt es nun an!“ Mit diesem Handzettel widerlegt die Initiative überzeugend Behauptungen der Stadt und/oder der Kirche. Die „Initiative pro staatliche IGS Wunstorf“ will mit den verteilten Informationen an die Eltern deutlich machen, wie wichtig es ist, sich selbst über die Vor- und Nachteile der Kirchen-IGS zu informieren und dass die Möglichkeit besteht, eine bereits abgegebene Einverständniserklärung zugunsten der Kirchen-IGS jederzeit zu widerrufen. Übrigens trifft sich die Initiative regelmäßig in „Küsters Hof“ in Wunstorf. Interessenten sind immer herzlich willkommen. Wer mehr über diese engagierte Initiative erfahren will, klickt einfach die homepage www.initiative-pro-staatliche-IGS-wunstorf.de an.

Ob eine Entscheidung zur möglichen kirchlichen Trägerschaft noch rechtzeitig vor den Sommerferien getroffen werden kann, ist mehr als fraglich. Es gibt noch viele ungeklärte Probleme zu lösen. RICHARD WILMERS



Volksbegehren für gute Schulen

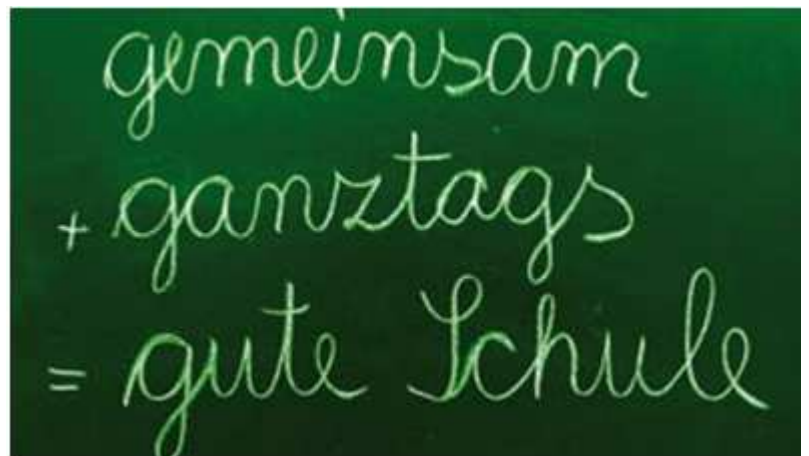
Bildung . Chancen . Perspektiven

Leserbrief, J. Seevers: „Das ursprüngliche Schlussdatum für das Volksbegehren, der 2.5.2011, erbrachte ein von vielen nicht (mehr) für möglich gehaltenes Zählergebnis:

239.721 Unterschriften Unermüdliches Sammeln auf Straßen, Plätzen, bei Veranstaltungen, leider (noch) nicht in allen Regionen, zeigte immer wieder: Viele Niedersachsen sind vom schulischen Angebot in diesem Bundesland enttäuscht, ja frustriert. Es fehlt ein verlässlicher Rahmen über die eigene Legislaturperiode von 4 Jahren hinaus. Nach einem Schulkonsens wird nicht wirklich gesucht. Das neue „Oberschulgesetz“ diskreditiert Gesamtschulen. Sie werden als Regelschule nicht anerkannt und werden schlechter ausgestattet.

Nach wie vor sind mindestens **32 Initiativen** „unterwegs“ eine **wohnortnahe Integrierte Gesamtschule** als Regelschule neu einzurichten zu können. 5 davon können voraussichtlich mit Schuljahresbeginn 2011/12 starten.

Nach wie vor ist das G8 als einziges Angebot für die Gymnasiasten nicht vom Tisch. Dies, obwohl viele Fach-Verbände - nicht nur die Oppositionsparteien - dies eindringlich fordern. In den Bundesländern Hessen, NRW, Schleswig-Holstein, Bremen und jetzt auch in BaWü stehen die Zeichen auf mehr Freiraum für individuelle Zeiteitscheidungen. **9 Jahre bis zum Abi ist kein Rückschritt.**



Die bessere Lehrer/-innen - Stellenversorgung schon ab der Grundschule war und bleibt eines der 3 zentralen Themen des Volksbegehrens. Die jetzige **Ungleichbehandlung der Gesamtschulen gegenüber den neuen Oberschulen ist bildungspolitisch nicht haltbar** und wird juristisch z.Z. von 3 Landkreisen auf dem Klageweg geprüft.

Noch bis mindestens November 2011 ist die Kampagne das Volksbegehren gute Schulen aktuell.

Sich einmischen, im Gespräch bleiben, weitere Stimmen für das Volksbegehren sammeln!

Mehr Informationen: <http://www.volksbegehren-schulen.de>

Oldenburg NWZ: „Die Grünen haben ihre komplette Fraktionsspitze rasiert“

„Grüne: Bürgermeisterin und Fraktionschef abserviert“

„Auf der Mitgliederversammlung zur Listenaufstellung wurden (...) die man als bürgerlich oder gemäßigt bezeichnen könnte (...) Bürgermeisterin Rita Schilling, Fraktionschef Kurt Bernhardt und der Umweltausschussvorsitzende Rolf Grösch auf hintere Ränge verbannt. (...) neben dem Spitzentrio noch Stephan Friebel. (...) nicht wieder angetreten (...) Tobias Frick

(...)enttäuscht darüber war, dass „die geleistete Arbeit in den Gremien nicht viel Wertschätzung gefunden hat. (...) flüchtete sich in Wurstigkeit (...) Bewerbungsrede noch mit einem Sitz in der EWE-Versammlung kokettiert (...) im zweiten Durchgang, (...) noch schlechter abschnitten...“

Anmerkung 1: Zweidrittel der Oldenburger Eltern wollen für ihr Kind eine Gesamtschule!

Anmerkung 2: Zu den sogenannten „bürgerlich oder gemäßigten“ grünen Politikern und ihrer real praktizierten Bildungspolitik im Schulausschuss:

Frontmann Stephan Friebel, Sprecher der Grünen im Schulausschuss, engagierte sich in Oldenburg ohne Erfolg gegen die 3 IGS und wollte stattdessen, entsprechend der CDU Propaganda, den Ausbau einer IGS auf fünf Züge. War bisher erfolgreich gegen die 4. IGS und setzt sich jetzt für die Einrichtung von Oberschulen ohne gymnasialen Zweig ein.

Tobias Frick (Schulausschussvorsitzender) schrieb: „...dass eine dritte IGS nicht geht, (...) Ich will nicht, dass wir Grüne nach der Wahl erklären müssen, wie es denn gehen soll mit der 3. IGS, und woher das Geld kommen soll. Wir Schulträger könnten genau vor diesen Fragen stehen und dann sind die EntscheiderInnen in der Pflicht. Jeder, der sich heute aus dem Fenster hängt, müsste sich morgen blamieren...“

Es gibt weitere derartige Beispiele zu den Themen Ganztagschule und Inklusion. Eine Politik die dem widersprach was vor der Wahl angekündigt wurde.

Anmerkung 3: Die dritte IGS arbeitet inzwischen seit einem Jahr mit großem Zuspruch. Vor allem bildungsnahe Familien melden ihre Kinder an einer Gesamtschule an.



Was wählst du?

Oldenburg

Von der CDU wurde der Ersatzspieler für die neue Saison nicht mehr nominiert. Kein Problem, die Grünen hatten ihre Mannschaft ja noch nicht aufgestellt. Jetzt ist er Spitzenkandidat der Grünen.

Die einstige Top-Kandidatin (MdL im Kultusausschuss und im Stadtrat) wurde von der CDU nicht mehr aufgestellt. Offensichtlich war es der Partei peinlich, so vertreten zu sein. Kein Problem, die FDP hatte ihre Mannschaft ja noch nicht aufgestellt. Jetzt wird sie Spitzenkandidatin der FDP. Nicht ohne wissen zu lassen, das die CDU "führerlos" und "visionslos" sei.

Ich würde als Arbeitgeber keinen Gesamtschüler einstellen

Anders Heinz Harzmann. Er war Steigbügelhalter für OB Schwandner („Da kommt der Schwandner mit seinem Dackel“). Der ehemalige Grüne Schwandner und CDU Kandidat wurde von den Grünen als OB für OL empfohlen. Jetzt klebt der „Blender“ (Tageszeitung) an OL's Bein wie Schade. Mir hat Schwandner einmal, bevor er OB wurde, am Telefon gesagt: „Ich würde als Arbeitgeber keinen Gesamtschüler einstellen“

Heinz Harzmann kann man nichts Schlechtes vorwerfen Ein Mischung aus bauernschlau und naiv, aber ehrlich. Er sieht inzwischen (Der letzte macht das Licht aus) Schwandner als Fehlbesetzung an. Harzmann wird nun als Spitzenkandidat der FDP ins Rennen gehen.

Frerk Wehrmeyer (CDU, ehem. Vorsitzender eines Schulelternrates):

„Ich kann keinen Wahlkampf leiten, dessen Spitzenkandidatin für eine andere Politik steht. Das hat für mich ganz entscheidend mit Glaubwürdigkeit und Gradlinigkeit in der Politik zu tun.“

NWZ 21.4.10: „Ratscherr (...) verlässt nach Prügelattacke Stadtrat und CDU“

NWZ 19.4.11: „Prügelnder Ratscherr in CDU zurück“

130.000 vor allem Jugendliche und Studenten:

„Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern“ „Wähle sie nicht!“ (siehe unten)

Udo Zempel. Alt-Landrat, war 50 Jahre im Gemeinderat

Er schreibt über **Guttenberg**:

„... zum Wissenschaftsbetrug des Freiherrn Karl-Theodor zu Guttenberg werden sich viele Leser gefragt haben: Ist das die ganze Wahrheit? (...) Wie wäre sonst die beste aller Benotungen für die Arbeit zu verstehen? Hat er vielleicht nur den Namen des Verfassers gelesen und dann noch die anspruchsvolle Thematik der Dissertation? Und dafür gab es „summa cum laude“?“

Nicht nur der Doktorvater, die weiteren Prüfer der Doktorarbeit haben sich in unerträglichem Maße täuschen lassen, sind einem **Lügner und Betrüger** aufgesessen-und dem Mann war das Verteidigungsministerium an vertraut, **welch mieser, aber gleichzeitig großspuriger und kumpelhafter Zeitgenosse**. Und der hat schon Nachahmer gefunden, wahre Volksvertreter.



...du brauchst dich nur reinsetzen und weiterfahren.“

no nos vamos - wir werden nicht



“Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern”

“... fanden sich am Demonstrationssonntag in rund 50 Orten Spaniens 130.000 vor allem Jugendliche und Studenten zusammen und riefen “Wähle sie nicht!” und “Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern”. Ungefähr 100 Menschen haben dann spontan in Madrid auf dem Platz Puerta del Sol übernachtet, der in der Nacht von der Polizei geräumt wurde. Ab dem nächsten Tag kamen mehr Menschen auf den Platz und eröffneten unter dem Motto “Nehmt Euch den Platz” ein Zeltlager und sagten “Yes we camp!”.

“Wir sind normale Menschen. Wir sind wie du: Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um (...) wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern macht uns hilflos auch sprachlos.”

Bis 1975 wurden bis zu 300.000 Babys und Kinder systematisch ihren Eltern in Spanien weggenommen und oft in katholische Einrichtungen gebracht und von dort gegen teilweise viel Geld (Profit) weiterverkauft.

Ihren Müttern erzählte man, die Kinder seien bei der Geburt gestorben. Den leiblichen Eltern wurde häufig offiziell ein angeblicher Tod des Babys mitgeteilt.

„Plötzlich ist nichts mehr so, wie es war: Als Antonio Barroso erfährt, dass seine Eltern ihn in den 1960er Jahren von einem Priester in Saragossa gekauft haben, bricht für ihn eine Welt zusammen.

Seine Herkunft, seine Identität, seine Zukunftspläne - sein ganzes Leben gerät durcheinander.

Antonio Barroso hat die Opferorganisation "Anadir" gegründet.

Auf Druck von "Anadir" öffnen nun einige Kliniken ihre Archive. Doch Antonio will nicht ruhen, bis auch die Kirchen sich kooperativ zeigen. Bislang hüllen sich diese in Schweigen.



Eine verzweifelte Video-Botschaft aus Syrien:

<http://www.overstream.net/view.php?oid=tvata7tunda3>

Das syrische Regime belagert ganze Städte, und ist Willens, sie zu vernichten, um die friedliche demokratische Bewegung niederzuschlagen. Sicherheitskräfte haben sämtliche Versorgungswege für Lebensmittel, Wasser und Medikamente zu diesen Städten abgeschnitten, Hunderte Zivilisten erschossen, Tausende inhaftiert und gefoltert – oft reißen sie ihnen die Fingernägel aus, bevor sie sie freilassen, als Warnung an die anderen Aufständischen.

<http://www.youtube.com/watch?v=-4Dxe9y-5Rg>

<http://www.youtube.com/watch?v=hcikwcPiOSw>



Quellen:

Aufstand in Syrien: Mehrere Tote nach Freitagsprotesten, Spiegel

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,765332,00.html>

Sicherheitskräfte in Syrien töten acht Demonstranten, Focus Online

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/syrien-sicherheitskraefte-in-syrien-toeten-acht-demonstranten_aid_631777.html

Erneut Zusammenstöße in Syrien, NZZ

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrien_27-mai_1.10722375.html

Über 1000 Tote bei Protesten in, AFP

<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gv99Vh1WwmqeZ4mLajNkFfeznjhQ?docId=CNG.77907f4b8f812bdf67d83d2bbfad124a.621>

Syrische Demonstranten angeblich im Meer versenkt, NZZ

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/syrische-demonstranten-im-meer-versenkt_1.10700807.html

Aufstand in Syrien: Nachwuchsdespot im Abseits, Spiegel

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,765092,00.html>

EU-Sanktionen verschärft: Einreiseverbot für Assad, FAZ

<http://www.faz.net/artikel/C31325/eu-sanktionen-verschaerft-einreiseverbot-fuer-assad-30337930.html>

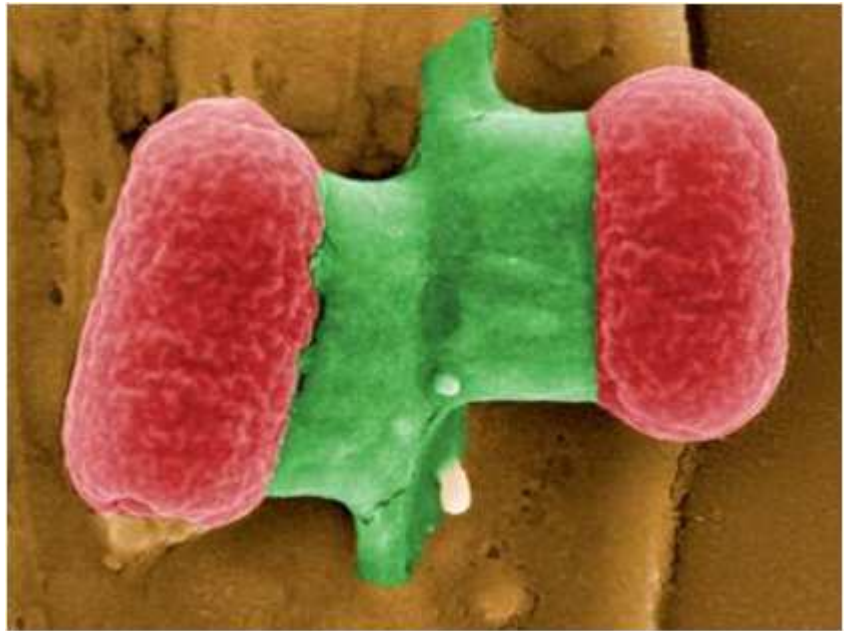
Syrische Armee riegelt komplette Ortschaft ab, Der Spiegel

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,761174,00.html>

Der Mut der Syrer, Welt Online

http://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article13360506/Der-Mut-der-Syrer.html

die Drohungen der Atomkonzerne mit Entschädigungsklagen sind keine Veranlassung dafür, die endgültige Stilllegung der deutschen Atomkraftwerke in Frage zu stellen. Es ist allerdings geboten, das geplante „Atom-Ausstiegsgesetz“ sicherheitstechnisch so zu begründen, dass ein Kostenrisiko für die Steuerzahler ausgeschlossen wird. Die bisherige Begründung eines „Atom-Ausstiegsgesetzes“ kann rechtlich gesehen als freundliche **Einladung an die Atomkraftwerksbetreiber** für Entschädigungsklagen gewertet werden.



Wenn z.B. mit

EHEC belasteter

Dünger auf den Acker kommt, können die Bakterien von den Pflanzen aufgenommen werden. Mit Abwaschen von Tomaten, Gurken, Sprossen oder sonst welchem Gemüse ändert sich daran gar nichts. Auf diesen



Zusammenhang, der in der aktuellen EHEC-Debatte weitgehend ausgeblendet wird, verweist Professorin Monika Krüger, Direktorin des Instituts für Bakteriologie an der Universität Leipzig. EHEC gelange über den Säftestrom in die Pflanze hinein. Der Erreger müsse also nicht unbedingt draußen auf der Gurke oder anderen Pflanzen appliziert sein.

Kommentar: Wir sollten nachdenken über Massentierhaltung und die Landwirtschaftspolitik einer sogenannte christlich-liberalen Regierung.

„**Publik**“ ist eine private, politische und kritische Mail-Information, mit dem Schwerpunkt Bildung. Die Interessen der Kinder werden in den Mittelpunkt gestellt. Der Verteiler umfasst über 6000 Meinungsmultiplikatoren vor allem in Niedersachsen und Oldenburg und erreicht durch Weiterleitung zwischen 7 und 10.000 Adressaten. Rückmeldungen sind erwünscht. (an@berndsiegel.de) Der Verfasser ist u. a. Erziehungswissenschaftler, Produzent und Moderator der TV-Sendereihe: „Zukunft Bildung“, ehrenamtlicher Jugendrichter am Landgericht und war u. a. im Landeselternratsvorstand.

Quellverweise: Wenn nicht anders angegeben ist: Blaue Schrift = eigene Worte. Schwarzer Text = Zitate, die durch Textsuche im Internet gefunden werden können. **Andere Farben = Hervorhebungen vom Verfasser.** Bilder aus dem Internet.

Einen Link zum [„anmelden“](#) oder [„abmelden“](#) findest du in der Mail. Oder einfach antworten.